

# Nordhorner Nachrichten

Nordhorner Zeitung

Ämtlicher Anzeiger der Stadt Nordhorn.



Zeitung und Anzeigebblatt

Ämtl. Kreisblatt für den Kreis Grafschaft Bentheim.

Die „Nordhorner Nachrichten“ erscheinen (schonmal wöchentlich in Verbindung mit der im 58. Jahrgang stehenden „Zeitung und Anzeigebblatt.“  
Anzeigenpreise: mm 8 Pf., auswärts 10 Pf.

Redaktion und Verlag  
Georg Rip, Nordhorn. Fernsprecher 266.  
Druck: Heinz Rip, Neuhaus.  
Fernsprecher 206.

Der Bezugspreis (einschl. 18 Pf. Postgebühren) beträgt 1,80 RM., zusätzlich 36 Pf. Postaufschlag.  
Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung ohne auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 21.

Nordhorn. Dienstag, 26. Januar 1932.

22. Jahrgang

## Wertvolles Urteil der Gläubiger

### Deutschland hat die Kredite nicht verschleudert — Wiederaufnahme der Tributzahlungen unberechtigt

#### Deutschlands Auffassung bekräftigt

Berlin, 26. Januar

In politischen Kreisen werden das am Sonnabend abgeschlossene deutsche Kreditabkommen 1932 und der Begleitbericht als eine Befestigung der von Deutschland in der ganzen Schuldfrage immer wieder zum Ausdruck gebrachten Meinung bezeichnet. Das Abkommen sowohl wie der Begleitbericht sind in einem Ton so vollkommenster Sachlichkeit gehalten, wie er nicht besser erwartet werden konnte.

Insondere enthält der Begleitbericht außerordentlich wertvolle Argumente für Deutschland. Genau so wie alle früheren Sachverständigenurteilen, insbesondere der Balfour-Bericht und der Wiggin-Bericht, bedeuten die neuen Urteilungen der Sachverständigen eine ernste Mahnung an die Regierungen, zu handeln, und zwar schnell zu handeln. Es wird anerkannt, daß die deutsche Besteuerung nicht mehr erhöht werden kann. Stärker noch als in den früheren Berichten kommt zum Ausdruck, daß Deutschland nur durch Ausfuhr bezogen kann.

In diesem Sinne geht das neue Gutachten insofern über die früheren hinaus, als ausdrücklich festgestellt wird, daß Deutschland die ihm zur Verfügung gestellten Kredite im ganzen richtig und zweckmäßig verwendet hat. Durch diese Feststellung werden die Argumente, die Deutschland gegen die von Frankreich immer wieder erhobenen gegenseitigen Anschuldigungen vorgebracht hat, in wertvoller Weise unterstutzt. Wenn sogar die Kreditgeber bekräftigen, daß Deutschland die ihm gewährten Kredite nicht verschleudert hat, so werden dadurch alle Vorurteile gegenstandslos.

Aus dem Inhalt des Abkommens selbst ist besonders bemerkenswert der Abtatz über das Kündigungsrecht, in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß Deutschland nach dem augenblicklichen Stand seiner Wirtschaftslage nicht zahlen kann. Der Hinweis, daß bei einer Veränderung der Lage eine erneute Prüfung durch die Gläubiger stattfinden muß, stellt eine einseitige Erklärung dar, daß eine Wiederaufnahme der Reparationszahlungen für unberechtigt gehalten wird.

Zu diesem in dem Gutachten und in dem Begleitbericht selbst enthaltenen, für die Verfertigung des deutschen Standpunktes sehr wesentlichen Argumenten kommt nunmehr die Tatsache, daß Frankreich nicht mehr wie bisher die Verabreichung der Lausanner Konferenz mit dem Hinweis auf die noch nicht abgeschlossenen Stillhalteverhandlungen begründen kann.

#### Die andere Seite:

Bayton gegen weitere Zahlungen.

In einer Erklärung in der „Daily Mail“ hebt Bayton hervor, daß die Brünning-Erklärung den wahren Grund für die Dringlichkeit der Lage nenne. Die Last der internationalen Schuld könne nicht dadurch behebend werden, daß man aus Deutschland Reparationen herausquetsche oder andere Nationen ermutige, ihre Forderungen Deutschland gegenüber zu dem Zwecke aufrechtzuerhalten, um Deutschland in Zukunft wirtschaftlich zu belasten.

Der sich aus den deutschen Ueberweisungen nach dem Auslande ergebende Handelsverlust für England, Amerika und Frankreich sei in einem Jahre 12mal so groß wie die deutschen Zahlungen an alle Länder. Der Balfour Bericht beweise, daß eine Fortsetzung des bisherigen Systems zum Unheil führe. Es sei deshalb töricht, dies zu tun.

Caillaux für eine Kompromißformel.

Der frühere französische Minister und jetzige Senator Caillaux, beschäftigt sich in einem Artikel mit der Reparationsfrage. Er erklärt, die Welt sei in eine Sackgasse geraten und könne nur durch Streichung der Schulden von Volk zu Volk wieder herauskommen. Er habe aber zu England das Vertrauen, daß es die Sache Europas in die Hand nehmen und daß es ihm gelingen werde, Amerika von der Schwäche seiner Stellung zu überzeugen. Damit die Engländer erfolgreich in Washington plädieren könnten, würden sie wahrscheinlich von Frankreich verlangen, daß es auf seinen Reparationsübertrag nach dem Young-Plan verzichte. Frankreich habe die Möglichkeit, dies abzulehnen. Das Recht stehe auf seiner Seite. Aber man müsse auch auf das Leben Rücksicht nehmen.

Das Interesse Frankreichs, verbunden mit dem Interesse Europas, lege Frankreich Kompromißformeln nahe. Diese müßten allerdings eine vernünftige Entschädigung für das Zugeländnis enthalten, das Frankreich bringen würde. Caillaux sieht diese Gelegenheit in Form eines Wirtschaftsvertrages, der die Nationen davor schützen würde, das Opfer ihres Edelmutes zu werden.

Grumbach fordert Entgegenkommen.

Der sozialistische Abgeordnete Grumbach kam in einer Sitzung des sozialistischen Bezirksverbandes des Departements Oberrhein auf außenpolitische Fragen zu sprechen, wobei er erklärte, Frankreichs Interesse und das des Friedens im allgemeinen fordere es gebieterisch, mit allen Mitteln, die mit den lebenswichtigen Interessen eines jeden Staates vereinbar seien, der deutschen Republik, der deutschen Demokratie, und vor allem der deutschen Arbeiterchaft zu Hilfe zu kommen.

#### Reparationskonferenz am 30. Juni?

von Paris, 26. Januar (Funkpr.) Zu der gestrigen Unterredung des französischen Ministerpräsidenten und des Finanzministers mit dem englischen Botschafter berichtet der „Matin“, der Botschafter habe Laual einen Textentwurf vorgelegt, der von dem englischen Schatzamtsdelegierten Keith-Roh ausgearbeitet worden ist. Der Entwurf lasse sich wie folgt zusammenfassen: Die Vertreter Großbritanniens schlagen, nachdem sie an die besonderen Umstände erinnert haben, die die Verschiebung der Lausanner Konferenz hervorgerufen hätten, den interessierten Regierungen vor, am 30. Juni mit Deutschland Verhandlungen aufzunehmen.

#### Breuzen unter Reichsverwaltung

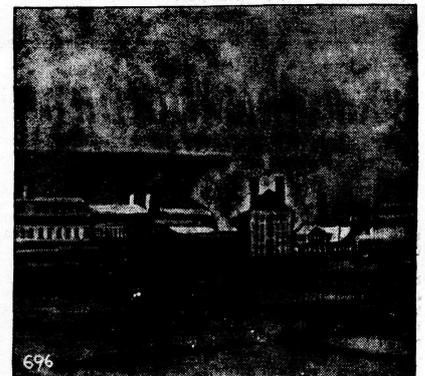
Dr. Gehler zur Reichsreform.

Münchberg, 26. Januar.

Am „Fränkischen Kurier“ veröffentlicht Dr. Gehler einen Aufsatz über das Verhältnis von Reich und Ländern im Rahmen der Reichsreform. Er betont wiederum, daß der Kernpunkt der ganzen Frage das Verhältnis zwischen Reich und Breuzen sei.

Gehler kommt zu dem Ergebnis, daß der Dualismus dadurch beseitigt werden müsse, daß Breuzen als Ganzes unter Verwaltung durch die kleinen norddeutschen Staaten und unter Leitung der Stellung seiner Provinzen vom Reich verwaltet werden müsse, daß die süddeutschen Länder und Sachsen, wenn Hessen und Thüringen wollen, auch diese ihre Hoheitsrechte behalten und eine feste Subföderation zwischen Reich und Ländern herbeigeführt wird.

„Ich bin der Meinung“, sagt er, „daß die Bismarcksche Lösung der verschiedenen Behandlung (von Nord und Süd) die richtige gewesen ist“. Die Maximale sei nach dem Ende der österreichisch-ungarischen Monarchie kein aktuelles Problem mehr. Komplizierte Gebiete, wie Kirde und Schulp, müßten den süddeutschen Ländern als Reservatort überwiehen werden, so daß ein mögliches Eingreifen einer Reichsmehrheit in garantierte Rechte nicht möglich sei. Es handle sich bei alledem um keine ewige sondern um eine brauchbare Lösung für die Gegenwart.



Funkbild von der englischen Huthausteuerolle.

#### Die Gefängnismenterei in England

Die Hagergrube war nicht gezudert.

London, 26. Januar. Eine Verlautbarung des Innenministers über die Vorgänge im Dartmoor-Gefängnis bekräftigt die Behauptung von der Erschießung mehrerer Gefangener sowie von dem Entweichen einiger Sträflinge. Von den 60 bis 80 verletzten Gefangenen befanden sich zwei in Lebensgefahr.

Die ersten Anzeichen der Unruhen zeigten sich schon in den frühen Morgenstunden des Sonntag, als die Gefangenen ein fürchterliches Geheul anstimmten, das sich von Zelle zu Zelle fortsetzte. Beim Frühstück trommelten sie mit Wölfen und Gabeln auf die Tische und beklagten sich darüber, daß die Hagergrube nicht gezudert sei. Einige warfen den Wärtern ihre Bortionen ins Gesicht. Auf

## Französisch-englische Verhandlungen

### „Verständigung im Bereich der Wahrscheinlichkeit.“

Paris, 26. Januar.

Am Quai d'Orlan fand eine längere Besprechung statt, an der u. a. Laual, Flaminio und Philippe Berthelot sowie der englische Botschafter in Paris, Lord Tyrrell, teilnahmen. Ueber diese Unterredung ist ein Communiqué nicht ausgegeben worden, doch bezeichnet Havas es als wahrscheinlich, daß das Reparationsproblem besprochen worden ist, und daß die französischen Vertreter dem englischen Botschafter den französischen Standpunkt über das gegenüber Deutschland einzuschlagende Verfahren präzisieren.

Havas ist der Ansicht, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England im Bereich der Wahrscheinlichkeit liege, so daß nur noch Ort und Zeit der Begegnung zwischen Laual und MacDonald festzusetzen sein würden.

#### Frankreichs Friedenswille!

Bau von Kiefenbombenflugzeugen.

Paris, 26. Januar.

Am Vorabend der Abrüstungskonferenz verzeichnet die Pariser Presse mit besonderer Genugtuung die Verwirklichung eines neuen Luftflottenprogramms, das den Bau von vier Bombenflugzeugen vorzieht, als ein Tragfähigkeit und Ausrichtung alles bisher Dagewesene in den Schalten stellen. Das erste Bombenflugzeug ist bereits fertiggestellt worden. Der Apparat ist mit vier Motoren ausgerüstet und bei neuen Maschinenwerke und ist Bombenwerfer an

#### Finnland und der Butterzoll

Helsingfors, 26. Januar.

Die finnische Regierung hat ihren Botschaften in Berlin beauftragt, dem Reichszollamt eine Protestnote gegen den deutschen Butterzoll zu überreichen.

#### Unterzeichnet

Mostau, 26. Januar.

Der russisch-polnische Nichtangriffspakt, der aus einer Einleitung, acht Artikeln und zwei Zusatzprotokollen besteht, ist gestern abend von Litwinow und dem polnischen Botschaften Batel paraphiert worden.